

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 20. August 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Veranstaltungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 96.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter

Ist von jeher ein Stein des Anstoßes für die deutsche Arbeiterschaft gewesen, denn diese ausländischen Arbeiter wurden importiert, nicht weil keine deutschen Arbeiter zur Verfügung standen, sondern weil die Ausländer billiger und williger waren. So ist bezüglich der polnischen Bergarbeiter in Westfalen, der Landarbeiter im Osten und an der Elbe, und schließlich bezüglich der Arbeiter an Straßen- und Eisenbahnbauten und bei Tiefbauunternehmungen das eifrige Bemühen der Unternehmer bemerkbar, nach Möglichkeit deutsche Arbeiter auszusparen. Der „Schutz der nationalen Arbeit“ wird nirgends mehr zur Farce als den Arbeitern gegenüber. Dazu kommt noch, daß in sozialer und moralischer Beziehung diese ausländischen, in Massen importierten Arbeiter für das Reich geradezu eine Gefahr bilden.

Die Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeiter ist neuerdings durch einen Beschluß des — natürlich preussischen — Ministers in geradezu provokatorischer Weise wieder aufgerollt worden. Der Verband deutscher Tiefbauunternehmer, deren Mitglieder im Verwaltungsbereich des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten in diesem Jahre namentliche umfangreiche Kanalbauten vorzunehmen haben, ist von der Besorgnis befangen, diese Arbeiten könnten eventuell nicht den erhofften Profit bringen, wenn nur deutsche Arbeiter beschäftigt werden müßten, und wandte sich deshalb an den besagten Minister mit einer Eingabe, daß doch dem unbeschränkten Zugange von ausländischen Arbeitern nichts in den Weg gelegt werden möchte. Zu der Befürchtung, daß infolge einschneidender Bestimmungen nicht die gewünschte Zahl ausländischer Arbeiter herangezogen werden könnte, kamen die Tiefbauunternehmer, weil bereits durch die preussische Feldarbeiterzentrale in diesem Jahr etwa 400000 ausländische Arbeiter für die Landwirtschaft in Preußen „eingeführt“ sind. Der preussische Minister hat aber die Hoffnungen der Tiefbauunternehmer nicht enttäuscht. In seiner Antwort, die in der „Deutschen Tiefbauzeitung“ den Verbandsmitgliedern zur Kenntnis gebracht wird, heißt es:

Dem Bedürfnisse der Tiefbauunternehmer nach Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte wird im Bereiche der mir unterstellten Verwaltung bereits nach Möglichkeit Rechnung getragen. So ist die frühere Bestimmung der allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Erd-, Fels-, Rodungs- und Böschungsarbeiten, wonach bei der Annahme von Arbeitern die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstelle wohnenden geeigneten Arbeitssucher vorweg von dem Unternehmer zu berücksichtigen waren, aufgehoben, und es ist den Unternehmern ausdrücklich anheim gestellt worden, ihren Bedarf an Arbeitern durch Heranziehung ausländischer Arbeiter zu decken. In wie ausgedehntem Maße hiervon Gebrauch gemacht worden ist, beweist die Tatsache, daß beispielsweise allein von den Unternehmern staatlicher Eisenbahnbauten um die Mitte des vorigen Jahres über 23000 ausländische Arbeiter beschäftigt wurden. Zu derselben Zeit wurden von den bei der Ausführung staatlicher Erd- und Wasserbauten tätigen Unternehmern unter 18500 Arbeitern 1950, also 10 Proz. Ausländer beschäftigt. Bei den nach dem Wasserstraßengesetz vom 1. April 1905 auszuführenden großen Wasserbauten wird die Heranziehung ausländischer Arbeiter noch besonders erleichtert werden. Die in der Eingabe vom 11. v. M. erwähnte Unterfertigung der deutschen Feldarbeiterzentrale soll dabei auch den Tiefbauunternehmern zuteil werden. Die Bauherren haben den Auftrag erhalten, der genannten Zentrale die Namen der in ihrem Bezirke tätigen Unternehmer bekanntzugeben, damit sie sich von vornherein an diese mit ihrem Arbeiterangebote wenden kann, und die Unternehmer werden in der Lage sein, sich mit der Zentrale unmittelbar in Verbindung zu setzen. Auch bei der Heranziehung polnischer Arbeiter sind den Tiefbauunternehmern keinerlei Schwierigkeiten bereitet worden. Alle im Jahre 1907 von Tiefbauunternehmern gestellten Anträge auf Zulassung polnischer Arbeiter sind unter meiner Zustimmung vom Herrn Minister des Innern genehmigt worden. In

gleich entgegenkommender Weise ist auch im laufenden Jahre verfahren worden, und bei den erwähnten großen Wasserbauten werden nach einer mit dem Herrn Minister des Innern getroffenen Vereinbarung die von den Unternehmern ausgehenden Anträge, soweit möglich, Berücksichtigung finden.

In Rücksicht auf den Staatsanwalt müssen wir es uns versagen, diesen bürokratischen, tatsächlich antinationalen Beschluß des preussischen Ministers in der gebührenden Form zu kritisieren. Man kann das um so mehr verstehen, wenn selbst die antisemitische „Staatsbürgerzeitung“ schreibt:

Wir halten es für geradezu unerhört, wie hier ein preussisches Ministerium in einer Zeit immer ärgerer Arbeitslosigkeit deutscher Arbeiter die Ausländer begünstigt. Wir möchten, daß ein nationaler Sturm sich erhebe, diesen antinational wirkenden Erlaß hinwegzufegen — und, so es not ist, den schuldigen Urheber dazu. Jeder nationale Politiker, mag er in der Zeitung oder im Parlamente wirken — begeht eine Pflichtverletzung, wenn er nicht schärfsten Protest erhebt. . . Wir rufen die gesamte nationale Arbeiterschaft zu flammenden Protesten gegen diese Berliner Bureaokratie auf. Erst gebührt dem Deutschen, sofern er irgend geeignet ist, in deutschen Landen das Brot. Man meine doch nicht, daß das Ausland uns seine besten Kräfte sendet. Und wir verlangen nichts andres als Wiederherstellung der beiseitigten Bestimmung, daß bei Annahme von Arbeitern die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstelle wohnenden, geeigneten Arbeitssucher vorweg von den Unternehmern zu berücksichtigen sind. . .

Dabei ist es mit Händen zu greifen, wie tagtäglich die Arbeitslosigkeit immer größer wird und daß wir wiederum einer wirtschaftlichen Depression zusehen. Und gerade in diesem Augenblicke erklärt der preussische Minister („Preußen in Deutschland voran!“), daß er in weitestem Maße die Heranziehung ausländischer Arbeiter begünstigen werde! Nicht nur das, der Minister wirft sich sogar in die Brust und weist mit Stolz darauf hin, was er alles bisher zur Beschaffung ausländischer Arbeiter getan hat und mit Hilfe der preussischen Feldarbeiterzentrale noch tun will. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nach dem eignen Geständnisse der Schaftmachersekretäre im Jahre 1906 allein in Preußen 600000 ausländische Arbeiter (380000 in der Industrie und 240000 in der Landwirtschaft) beschäftigt waren, deren Löwenanteil Österreich-Ungarn und Rußland stellten. In diesem Jahr ist die Zahl noch viel größer bei steigender Arbeitslosigkeit.

Aber dieser Import ausländischer Arbeiter bietet noch andre Gefahren, und gerade im Organe der Tiefbauunternehmer hat vor wenigen Monaten der Vorstand der Tiefbauberufsgenossenschaft einen Bericht des Vertrauensmannes für Oberschlesien über die ausländischen Arbeiter im Tiefbaugewerbe veröffentlicht, in dem es nach der „Sozialen Praxis“ heißt, daß in Oberschlesien in den Tiefbaubetrieben durchweg ausländische Arbeiter — Steiermärker, Kroaten, Galizier usw. — beschäftigt werden. Diese Ausländer kommen meistens in Trupps mit einem Kolonnen- oder Partieführer über die Grenze. Dieser Kolonnenführer ist meistens der Vertrauensmann der Arbeiter; immer aber der Dolmetscher derselben. Er ist meistens der einzige, der Deutsch spricht. Ohne diesen Kolonnenführer nehmen die Arbeiter keine Arbeit an. Dieser hat auch immer die Legitimationspapiere in Verwahrung. Wenn ein Tiefbauunternehmer solch eine Ausländerkolonne einstellt, so muß er auch den Kolonnenführer als Schachtmeister oder Aufseher anstellen, ganz gleich, ob derselbe von den betreffenden Arbeitern eine Ahnung hat oder nicht. Der Vertrauensmann der ober-schlesischen Sektion der Tiefbauberufsgenossenschaft bemerkt dann, daß erfahrungsgemäß nicht nur die ausländischen Arbeiter, sondern auch die als Schachtmeister oder Aufseher angestellten Kolonnenführer von dem modernen Tiefbaubetrieb mit seinen vielfach sehr gefährlichen Maschinen und Werkzeugen keine Ahnung haben. Die Folgen davon sind gewöhnlich schwere Unfälle, wie auch hier im vorliegenden Falle. Der Vorstand der Tiefbauberufsgenossenschaft sieht sich daraufhin veranlaßt, den Unternehmern den § 1 der Unfall-

verhütungsvorschriften erneut in Erinnerung zu bringen, wonach die Arbeiter nur unter sachverständiger Leitung und Beaufsichtigung ausgeführt werden dürfen, und broht erneut mit eventuellen Ordnungsstrafen bzw. Regreßansprüchen.

Wie oben zitiert, fordert die „Staatsbürgerzeitung“ nun „die gesamte nationale Arbeiterschaft zu flammenden Protesten gegen diese Berliner Bureaokratie auf“. Und diese „nationale Arbeiterschaft“ hat auch „flammenden Protest“ erhoben. Aber fragt mich nur nicht wie. Sie beriefen zwar eine Protestversammlung ein, aber vorher folgten Herr Mumm und noch einer seiner Berliner Freunde, wie der „Vorwärts“ berichtet, einer Einladung des Wirklichen Geheimen Regierungsrats Wehrmann, der mit seinen Erklärungen die Herren vollkommen befriedigte. Der Herr Wirkliche Geheime Regierungsrat Wehrmann hatte Herrn Mumm versichert: Nur, wenn deutsche Arbeiter nicht zu haben sind, sollen Ausländer beschäftigt, die deutschen aber in erster Linie berücksichtigt werden. Mit vollem Rechte bemerkt dazu der „Vorwärts“:

Jeder, der nicht durch unbegegründeten Vertrauensdusel in seiner Urteilsfähigkeit beschränkt worden ist, würde nun den Geheimrat gefragt haben, wie sich denn die von ihm abgegebene Versicherung und der Beschluß des Ministers an die Tiefbauunternehmer in Einklang bringen lasse, da doch in dem Beschluß ausdrücklich gesagt werde, daß die frühere Bestimmung aufgehoben ist, wonach bei Annahme von Arbeitern die einheimischen, besonders die in der Nähe der Arbeitsstelle wohnenden geeigneten Bewerber zuerst eingestellt werden müssen! Aber solche Bedenken kamen Herrn Mumm nicht! Für ihn ist durch die Erklärung des Wirklichen Geheimen die Situation völlig verändert, es liegt kein Grund zum Protest mehr vor. Aber da die Versammlung nicht mehr abbestellt werden kann, so geht Herr Mumm hin und hält eine Rede, die auf den Ton gestimmt ist: Nun ist ja alles wieder gut! Der Vertreter des Ministers, dem wir volles Vertrauen entgegenbringen, hat uns versichert, daß in unserem Sinne auf die Tiefbauunternehmer eingewirkt werden soll. Welch ein großer Erfolg unsrer Bewegung! In dieser Hinsicht waren die Anhänger des Herrn Mumm mit ihm völlig einverstanden. Die angenommene Resolution ist denn auch kein Protest gegen die „nationale“ Arbeiterpolitik der Regierung, sondern einfach eine Kenntnisnahme von der Geheimratsklärung, die Herr Mumm und seine Freunde aufs höchste befriedigt hat.

Es wird nun interessant sein, zu verfolgen, ob sich der preussische Minister dem Herrn Mumm zuliebe selbst desavouiert. So wie mir die preussische Bureaokratie kennen, ist im Leben nicht daran zu denken. Die Tiefbauunternehmer erhalten mit Unterstützung der preussischen Feldarbeiterzentrale ausländische Arbeiter nach Belieben und der „flammende Protest“ der „nationalen Arbeiter“ ist zu einer Protestkomödie geworden, die den Wert jener Art Arbeiterbewegung aufs Hellste beleuchtet. Jene Herren können ja überhaupt bloß gegen eine tatkräftige Arbeiterbewegung benutzlos vorzugehen, im übrigen aber macht man in „flammenden Protesten“ gegen den Bureaokratismus nur mit dessen eigener gnädiger geheimräthlicher Bewilligung.

Sancta simplicitas!

möchte man ausrufen, wenn man die vom Kollegen Schuster in Hannover in Nr. 93 des „Korr.“ veröffentlichten „Glossen zum Altenerburger Jubiläumserricht“ liest. Wohl schon lange hat es diesen Kollegen trotz seiner gegen-tätigen Versicherung in den Fingern gekribbelt, einmal der Altenerburger Mitgliedschaft „eins auszuweisen“, und so versucht er denn unter den gewagtesten Debatten der Verbandsgenossenschaft klar zu machen, daß der hiesige Ortsverein am 11. und 12. Juli ohne jedwede Berechtigung sein 25-jähriges Bestehen gefeiert habe und macht dadurch die 230 Mitglieder einfach lächerlich. In die Verwunderung, daß ein solcher „Artikel“ ohne weiteres in unserm Organ Aufnahme finden konnte, werden sich mit uns wohl auch noch andre Kollegen geteilt haben. Nachdem dies jedoch geschehen, sind wir im Interesse des

